

Inhalt

I. „Sex and crime“ und seine disziplinarrechtlichen Folgen	1
1. Der Sachverhalt	1
2. Die Entscheidung	2
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

„Sex and crime“ und seine disziplinarrechtlichen Folgen

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

In den letzten Newslettern haben wir uns mit für das Straf- und Disziplinarrecht grundsätzlichen Fragen beschäftigt und im Wesentlichen Sachverhalte aufgearbeitet, die durchaus üblich sind und auch im Beratungsalltag wiederholt begegnen.

In dieser Ausgabe wollen wir einen Fall beleuchten, der auf den ersten Blick der Rubrik „Skurril“ oder gar skandalös zugeschrieben werden könnte. Immerhin entspricht es nicht dem gemeinhin erwarteten Bild des „braven“, noch dazu Polizeibeamten, kommerzielle Sexorgien zu veranstalten und – noch dazu ohne Nebentätigkeitsgenehmigung – als Pornodarsteller auf sich aufmerksam zu machen. Jedenfalls lässt der Sachverhalt, den die Lektüre des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.02.2014 (Aktenzeichen 2 B 37.12) offenbart, durchaus einen spontanen Aufschrei, beruhend auf moralischer Empörung, zu. Andere werden schmunzeln, wieder andere schlicht den Kopf schütteln.

Zu begrüßen ist jedenfalls die Sachlichkeit, mit der sich die zur Entscheidung berufenen Bundesrichter dem mitunter schlüpfrig daherkommenden Sachverhalt angenommen haben. Sie haben insbesondere auch instruktiv herausgearbeitet wie gerade vordergründig außerdienstliche Vergehen disziplinarrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

1. Der Sachverhalt

In der Sache ging es um die Entfernung eines Polizeimeisters (Besoldungsgruppe A7) aus dem Beamtenverhältnis. Er hatte, so das Verwaltungsgericht, „ein schweres Dienstvergehen begangen und das Vertrauen seines Dienstherrn und der Allgemeinheit endgültig verloren“.

Dabei hatte sein erstes, durchaus massives Fehlverhalten, disziplinarrechtlich nicht einmal Konsequenzen gehabt. Immerhin hatte er ja „nur“ seiner „damaligen Freundin auf einem Autobahnparkplatz zweimal mit der Hand ins Gesicht geschlagen, sie aus dem Auto gestoßen. Beim Zurückfahren mit der geöffneten



Produktipp

Weiß / Niedermaier † / Summer / Zängl

Beamtenrecht in Bayern

Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
Vollzugsvorschriften Praktiker-Kommentar



8.724 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 229,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-8073-0005-4

[\[Mehr Info\]](#)

Das Standardwerk zum Bayerischen Beamtengesetz und Beamtenstatusgesetz

Der gründliche und umfassende Kommentar erläutert die relevanten Vorschriften praxisnah und auf anschauliche Weise.

Ganz neu: Das zum 1.1.2011 in Kraft getretene Leistungslaufbahngesetz, welches unter anderem die laufbahnrechtlichen Vorschriften im Bayerischen Beamtengesetz ablöst, wird umfassend erläutert. Der klare, verständliche Aufbau erleichtert trotz der großen Anzahl neuer Vorschriften, den schnellen Zugang zu dem Gesuchten.

Alle entscheidungserheblichen Vorschriften für den „Bayerischen Beamten“ sind abgedruckt und werden ständig aktualisiert. Das Werk ist ein unerlässlicher Begleiter für Ihre professionelle Beschäftigung mit dem Beamtenrecht.

Fahrzeugschloss am Knie verletzt“ und sie in der Folgezeit telefonisch massiv belästigt. Während diese Vorwürfe strafrechtlich mit einer Geldstrafe in Höhe von 50 Tagessätzen geahndet wurden, wurde das Disziplinarverfahren eingestellt. Zu künftig rechtsstreuem Verhalten sah sich der „Freund und Helfer“ im Folgenden jedoch nicht angehalten und so kam es, dass er wegen Beihilfe zur Ausübung der verbotenen Prostitution in sechs Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt wurde.

Der zugrunde liegende Sachverhalt trägt nicht nur den Schuld- und Strafausspruch, er berührt auch unangenehm gerade wegen seines Durchschlagens von dem privaten auf den dienstlichen Bereich.

Der Beamte hatte nämlich seiner Freundin seine in einem Sperrbezirk gelegene Wohnung zur Durchführung sog. „Gang-Bang-Partys“ zur Verfügung gestellt. Damit nicht genug hatte er sich sogar daran beteiligt, indem er teilweise die Gäste begrüßte und einmal sogar selbst die Veranstaltung über das Internet organisierte. Die Nachbarn, die durch laute Stöhngeräusche und versehentliches Klingeln von Freiern an ihrer Wohnungstür auf die Ausübung der Prostitution aufmerksam wurden, trauten sich hiergegen jedoch nicht vorzugehen, da sie um die berufliche Position des Ordnungshüters wussten.

Als es schließlich doch zu einer Wohnungsdurchsuchung kam, wurden dienstliche Vorgänge und eine Videokassette gefunden, auf der der Beamte als Pornodarsteller tätig war. Für die Mitwirkung an einem solchen Film hat er sogar 250 DM erhalten und das, obwohl er hierfür nicht einmal eine Nebentätigkeitsgenehmigung beantragt oder gar erhalten hatte.

Zu allem Überflus hatte der Beamte schließlich seinen Dienstaussweis trotz Aufforderung nicht zurückgegeben, sondern als gestohlen gemeldet. Zu seinem Unglück wurde selbiger Ausweis aber bei einer Personenkontrolle bei einer „Gang-Bang-Party“ in einem Bordell in seiner Hosentasche aufgefunden.

2. Die Entscheidung

Im Rahmen einer sog. Nichtzulassungsbeschwerde versuchte der Beamte nun, vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen seine Entfernung aus dem Dienst vorzugehen. Unter anderem begehrte er eine bundesgerichtliche Entscheidung, da er in folgender Frage ein Grundsatzurteil für erforderlich hielt:

„Ist die Verhängung einer disziplinarrechtlichen Höchstmaßnahme, die aufgrund eines außerdienstlichen Verhaltens, welches den Kernbereich privater Lebensfüh-

rung des Beamten betrifft, ohne Bezug auf ein konkret-funktionelles Amt ergeht, angesichts der Liberalisierungstendenz in Rechtsprechung und Gesetzgebung auf die öffentlich-rechtliche Behandlung der Prostitution noch zeitgemäß und verhältnismäßig?“

Hierauf hat das Bundesverwaltungsgericht sinngemäß wie zutreffend entschieden, dass die Frage bereits am Fall vorbeigeht. Es ging nämlich nicht um den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung, sondern darum, dass der Beamte Straftaten begangen hat, die qualitativ und quantitativ erheblich waren. Das Gericht hat insbesondere betont, dass das Disziplinarrecht durch den Grundsatz der Einheit des Dienstvergehens geprägt wird. Daher ist die dienstrechtliche Bewertung des Gesamtverhaltens des Beamten maßgeblich, „das im Dienstvergehen als der Summe der festgestellten Pflichtverletzungen seinen Ausdruck findet“.

3. Fazit

Die Entscheidung zeigt die enge Verknüpfung zwischen Privat- und Dienstbereich. Gerade ein Polizeibeamter, der noch unmittelbar wahrnehmbarer als manch anderer mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattet ist, unterliegt einer Pflicht, dieser Verantwortung auch durch sein Verhalten gerecht zu werden. Das wird schon dadurch deutlich, dass sich die Nachbarn gerade wegen seiner Position zunächst nicht gegen die Belästigungen vorzugehen trauten.

Der Polizist hat sich in vielfacher Hinsicht fehlverhalten. Seine Entfernung aus dem Dienst war letztlich kaum zu umgehen. Inwiefern bei ihm rechtzeitig Einsicht eingekehrt wäre, hätte man nach Ausspruch der ersten Kriminalstrafe auch disziplinarrechtlich auf ihn eingewirkt, lässt sich nachträglich nicht mehr feststellen. Einen Versuch wäre es wohl wert gewesen.

*Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt*

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlspurger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

News: [dbb kritisiert Berichterstattung zu Beamtenpensionen in der BILD als „Meinungsmache“](#)

News: [Das Sächsische Dienstrechtsneuordnungsgesetz](#)

News: [Posten, bloggen, teilen: Verwaltung braucht ein soziales Netzwerk](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Kommunalwahlen sind viel zu selten!](#)

[Bundesabgeordnete verzichten zugunsten der Beamten auf Diätenerhöhung!](#)

[Stress? Burnout? – Überlastungsanzeige!](#)



Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Gesamtausgabe



23.222 Seiten
Loseblattwerk in 16 Ordnern
€ 399,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-9311-3

[\[Mehr Info\]](#)

Mit dem sechzehnbandigen Loseblattwerk haben Sie einen kompletten Überblick über das Dienstrecht in Hessen. Ausführliche und aktuelle Kommentare zum HPVG mit Wahlordnung, zum HBR, zum HRiG und zur HDO werden ergänzt durch eine Textsammlung zum Tarifrecht und alle sonstigen wichtigen Vorschriften für den öffentlichen Dienst. So erhalten Sie alle wichtigen Informationen aus einer Hand, ersparen sich lästige Sucharbeit und werden durch die Kommentare kompetent beraten.